

SHORT NEWS

Galerie nationale : ne l'appellez pas ghetto !

(lc) - Jeudi matin, le ministre d'État Xavier Bettel a remis sa cape de ministre de la Culture pour promouvoir en force son projet de « galerie nationale d'art luxembourgeois », qui devrait occuper l'ancienne Bibliothèque nationale une fois que celle-ci aura emménagé définitivement au Kirchberg. D'abord devant la commission parlementaire, puis devant la presse. Devant les député-e-s, Bettel a dévoilé ses plans en détail : la galerie proprement dite occupera le rez-de-chaussée, le premier étage sera dédié à un centre de documentation, tandis que le deuxième accueillera un projet social pour des jeunes en difficulté, qui sera pris en charge par un porteur externe. Quant aux artistes ciblé-e-s, ils et elles devront répondre au critère d'avoir au moins une fois exposé au pays depuis 1945. Il n'y aura pas d'exposition permanente, et le centre de documentation sera chargé d'établir un « Kënschtlerlexikon », à l'instar de ce qui existe déjà pour les auteurs. L'ouverture est prévue pour 2023 - ce qui laisse encore le temps pour que ce ghetto, comme l'a aussi appelé la députée verte Sam Tanson, tombe aux oubliettes.

Neues grünes Finanzprodukt

(ja) - Am vergangenen Dienstag, dem 12. Juni, wurde im Parlament über ein Gesetzesprojekt zur Einführung eines neuen „grünen“ Finanzprodukts abgestimmt. Es handelt sich dabei um Pfandbriefe, die zur Finanzierung erneuerbarer Energieprojekte ausgegeben werden. Pfandbriefe sind festverzinsliche Wertpapiere, die meistens mit nur geringen Risiken verbunden sind. „Dieses Finanzprodukt ist eine weltweite Neuheit, die es nur in Luxemburg gibt. Wir diversifizieren damit unsere Wirtschaft“, erläuterte der zuständige Berichterstatter, André Bauler (DP), das neue Gesetz. Auch die Redner der LSAP und der Grünen, Franz Fayot und Henri Kox, begrüßten die „grünen Pfandbriefe“ und unterstrichen, dass dank der strengen staatlichen Vorgaben kein Greenwashing möglich ist. Infrastrukturen zum Transport oder zur Speicherung von Energie dürfen durch die grünen Pfandbriefe nur dann finanziert werden, wenn sie zu mehr als 50 Prozent für Energie aus erneuerbaren Quellen genutzt werden. Auch Biogas und Biomasse fallen hierunter - ob diese jedoch immer besonders nachhaltig produziert werden, ist fraglich. Das Gesetz wurde einstimmig beschlossen.

Auf der Suche nach Menschlichkeit

(tj) - Ist die Migrationskrise eigentlich eine Krise unserer Menschlichkeit? Dieser Frage geht die Reporterin und Regisseurin Isabelle Serro in ihrem Film „Passeurs d'humanité“ nach, der am Montag, dem 18. Juni um 19 Uhr im Ciné Utopia gezeigt wird. Vier Jahre lang ist Serro um die Welt gereist, um mit Menschen zu sprechen, die sich für hilfesuchende Geflüchtete einsetzen. Sie interessiert sich für die oft unbemerkten Bemühungen, Menschen auf der Flucht das Leben zu vereinfachen. „Passeurs d'humanité“ wird von der Organisation Wise in Kooperation mit unter anderen Asti, CLAE und Time for Equality gezeigt. Im Anschluss an die Vorführung besprechen Serro, der Vize-Präsident von Wise, Clément Franzoso, sowie der Mediziner und Anästhesist, Raphael Pitti, den Film mit dem Publikum. In seinem kürzlich veröffentlichten Buch, „Va où l'humanité te porte“, schrieb Pitti über sein ärztliches Engagement in Syrien (Online-Artikel unter woxx.eu/pitti). Die Veranstaltung am Montag findet im Rahmen des Internationalen Tages der Geflüchteten am 20. Juni und der Kampagne We Are Welcoming Europe statt. Mehr Informationen unter : <https://timeforequality.org/news/ponds-dhumanite>

AKTUELL

ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

**Blick in den
Wasserspiegel**

Raymond Klein

Die jüngsten Überschwemmungen erinnern an die Notwendigkeit von Präventivmaßnahmen. Die aber häufig daran scheitern, dass Grundbesitzer*innen dafür ein paar Quadratmeter Bauland opfern müssten.

Ist Carole Dieschbourg eine „Realo“, wie man früher sagte? Das bezeichnet grüne Politiker*innen, die Probleme „realistisch“ angehen ... oder, je nach Sichtweise, „zu realistisch“. Von Angstmache als grüner Werbestrategie hält die Umweltministerin jedenfalls nichts. „Schon in den 1950ern und 1990ern gab es extreme Wetterereignisse“, stellte sie bei der Pressekonferenz diesen Donnerstag klar. Dieschbourg präsentierte die „Anpassungsstrategie an die Auswirkungen des Klimawandels“, dies vor dem Hintergrund der zentralen Starkregen und Überflutungen.

Keine Panikmache, aber eine Warnung: „Wir wissen, dass die Häufigkeit solcher extremen Wetterereignisse zunehmen wird“, so Dieschbourg. Deshalb sei es notwendig, Vorsorge zu treffen, sowohl durch eine bessere Einschätzung der Risiken als auch durch Gegenmaßnahmen. Neben dem Problem „Zunahme lokaler Starkniederschläge“ hat das Umweltministerium 40 weitere Varianten der Klimafolgen auf ihre Relevanz für Luxemburg untersucht, zum Beispiel die Veränderung der Artenzusammensetzung in den Wäldern.

**Schon wieder ein
Jahrhundertregen**

Die Hydrologie-Expertin des Wasserwirtschaftsamts Christine Bastian stellte im Detail die Studien zu den Überschwemmungen von Juni 2016 und 2018 vor. Die Regenmenge habe stellenweise binnen kurzer Zeit etwa zehn Prozent des mittleren Jahresniederschlags erreicht - „eigentlich eine völlig verrückte Quantität“, so die Expertin. Man habe die Überschwemmungen von 2016 als „Jahrhundertereignisse“ eingestuft. Allerdings müsse man bei steigender Häufigkeit auch solche Einstufungen neu berechnen, denn: „Ein solches Ereignis sollte ja theoretisch nur alle 100 Jahre ein Mal vorkommen.“

Mit der Modernisierung des Wassergesetzes, so Dieschbourg, habe



man auf die Überflutungen von 2016 reagiert. So wurden die staatlichen Beihilfen für Renaturierung und vorbeugende Maßnahmen gegen Hochwasser erhöht - „weil diese Entscheidungen bisher oft hinausgeschoben wurden“, so die Ministerin. Grundsätzlich sollte man das Bauen in Hochwassergebieten vermeiden. Dieschbourg weiß, dass dies ein heikles Thema ist: „Wir wollen Bauvorhaben nicht in jedem Fall verhindern“, betonte sie. Aber die Bauweise müsse an die Risiken angepasst und das Schadenspotenzial, insbesondere für andere Personen, begrenzt werden.

Ob Ausgleichs- und präventive Maßnahmen nicht besser ganz durch die öffentliche Hand organisiert werden sollten, lautete eine Journalistenfrage - nicht unplausibel angesichts des beim Biotopschutz eingeführten Kompensationssystems. Dieschbourg gab sich eher ablehnend: „Statt überall Grundstücke zu kaufen, wollen wir die Leute sensibilisieren.“ Und verwies auf die Solidarität, die sich angesichts der Berichte über die Überschwemmungen manifestiert habe: „Diese Solidarität muss erhalten bleiben, wenn es künftig um Renaturierungen und den Ausgleich von Rückhaltevolumen geht.“ Auch wenn dabei Privatleute und Bauherren auf ein paar Quadratmeter Bauland verzichten müssten.

Ganz zahnlos ist die Ministerin allerdings auch nicht: „Wir werden alles genau prüfen, bevor wir eine wasserrechtliche Genehmigung erteilen.“ Weil Dieschbourg Realistin ist, dürften in den Verhandlungen mit Bauherren und Gemeinden am Ende doch Kompromisse das Ergebnis sein. Aber sie scheint gewillt, eine gewisse Strenge walten zu lassen ... Ob die oder der Minister*in der im Herbst zu bestimmenden Regierung das auch so angehen wird?